

November 2024

Deutschland muss leben

und wir sterben nicht

SMAS-AG

Stören Stoppen Sabotieren

- Sechs Beiträge zur antifaschistischen Praxis gegen NS-verherrlichende Aufmärsche in Europa



NS-Verherrlichung stoppen!

Als Kampagne haben wir uns seit 2019 vor allem mit den jährlichen Gegendemonstrationen zum „Tag der Ehre“ in Budapest beschäftigt. Dafür wurde sich international mit Genoss:innen in Budapest, Sofia und Österreich vernetzt, Strategien ausgetauscht, über das Neonazi-Event und die Gegenproteste öffentlich berichtet und zu den Gegendemonstrationen mobilisiert.

Mehr Aufmerksamkeit bekamen die Ereignisse in Budapest im Jahr 2023. Angriffe auf aktive Neonazis im Rahmen des „Tag der Ehre“ hatten massive Repression zur Folge: internationale Fahndungen, Verhaftungen, Inhaftierungen, Verurteilungen, rechtswidrige Auslieferungen, Hausdurchsuchungen und den Zwang auf der Flucht zu sein.

Folge der Repression war auch, dass die Erfolge, wie das Verbanen des Gedenkens der Neonazis aus der Stadt, nicht gebührend wahrgenommen werden konnten. Dabei zeigt das, was andersorts und zu unterschiedlichen Zeiten bereits sichtbar wurde und wird: Antifa wirkt!

Mit Beiträgen über Proteste aus Sofia, Wunsiedel, Mittenwald, Bleiburg und Budapest wollen wir nach 20 Jahren Kampagne zurückblicken und schauen: In welcher Zeit ist die Kampagne entstanden? Welche Aktionsformen gab oder gibt es? Was war wo erfolgreich und warum?

Und wir schauen nach vorn, um weiterhin vor Ort und international gegen Geschichtsrevisionismus zu kämpfen.

Antifaschistische Praxis bleibt notwendig.

Inhalt

Eine Perspektive aus Deutschland

Wo fing es an, was ist passiert?

Seite 7

Von der Kampagne NS-Verherrlichung stoppen

Wunsiedel / Berlin / Deutschland

Wiederbelebung der Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! – gegen die Glorifizierung von Rudolf Heß

Seite 14

Von Antifa Westberlin

Bleiburg / Pliberk / Österreich

Kroatischer Faschismus und der Mythos Bleiburg

Seite 23

Vom AK Bleiburg/Pliberk

Mittenwald / Deutschland

Die Kampagne „Angreifbare Traditionspflege“ gegen geschichtsrevisionistische Kameradschaftstreffen der Gebirgsjäger

Seite 34

Vom AK „Angreifbare Traditionspflege“

Budapest / Ungarn

Eine kurze Geschichte über den „Tage der Ehre“ und antifaschistischen Widerstand

Seite 43

Von Autonómia

Sofia / Bulgarien

Antifaschistischer Widerstand in Sofia – der „Lukovmarsch“ und seine Neonazis

Seite 53

Von Antifa Sofia

Impressum

Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin



Kriegsklotz (1934) in Hamburg

Eine Perspektive aus Deutschland

Wo fing es an, was ist passiert?

Kampagne NS-Verherrlichung stoppen

Antifaschist:innen setzten sich bereits seit den 50er Jahren aktiv gegen NS-Glorifizierung zur Wehr. Anlass waren im Deutschland der Nachkriegszeit unter anderem Versammlungen von Traditionsverbänden ehemaliger Soldaten, einschließlich der Waffen-SS. Diese organisierten oft gut besuchte Veranstaltungen mit revisionistischen, militaristischen und rechtsextremen Inhalten. Wichtiger Akteur – und Vorbild für jüngere Neonazis – war die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG). Diese bestand von 1951 bis 1992. In ihrer Außendarstellung inszenierten sie sich gern als Teil eines nationalen Leidenskollektivs und sahen sich quasi in einer Linie mit Spätheimkehrenden, Vertriebenen oder Geflüchteten als Opfer. Flankiert wurde ihre rechtsradikale Agenda von zahlreichen Politiker:innen,

anderen Traditionsverbänden und dem VDK („Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“). Proteste gegen diese Kriegsverbrecher-Treffen wurden organisiert von vornehmlich Überlebenden des NS-Terrors, Gewerkschaften, kommunistischen Gruppen, der VVN-BdA, Bürgerinitiativen und teilweise der SPD. Frühe Demonstrationen und Agitationen fanden in den 1950er z.B. in Schwelm, Unna und Kassel statt, 1975 wurde nach massiven Protesten ein SS-Veteranentreffen in Hamburg abgesagt. Die noch heute in der Mediathek abrufbare Sendung PANORAMA berichtete 1979 eindrücklich über ein Treffen der SS-Kameradschaft „Totenkopf“ in Arolsen, über die Stimmung in der Stadt und über Proteste einer Bürgerinitiative gegen die Veranstaltung (Link auf S. 59). In den 80er Jahren fanden im hessischen Bad Hersfeld mehrfach

HIAG-Treffen statt. 1983 kamen über 8.000 Antifaschist:innen auf einer Gegenkundgebung des DGB gegen ein von der Stadt und dem Land Hessen genehmigtes „Kameradschaftstreffen“ der ehemaligen SS-Divisionen „Leibstandarte Adolf Hitler“, „Hitlerjugend“ sowie junger Neonazis zusammen. Die massiven Proteste rückten die sonst eher beschauliche Festspielstadt Bad Hersfeld in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit – die HIAG musste sich verstärkt immer wieder andere Orte für ihre Huldigungen suchen. Mehrfach fanden Kameradschaftstreffen einiger Waffen-SS-Verbände im Allgäuer Luftkurort Nesselwang statt. 1985 wurde die Versammlung nicht nur von – eher weit abgelegenen – GegenDemonstrationen des DGB begleitet, sondern auch von militanten Antifa-Aktionen. Das Tagungshotel Krone, das einem ehemaligen SS'ler gehörte, wurde massiv angegriffen und es gab Straßenschlachten mit der Polizei. Die alten SS-Nazis versuchten teilweise mit Namensänderungen oder später auch häufig ohne öffentliche Ankündigungen ihre

Treffen durchzuführen. Oft konnten jedoch gut informierte Antifas das Versteckspiel im Vorfeld aufdecken. Auch in Niedersachsen gab es regelmäßige sogenannte „Heldengedenken“ an den Volkstrauertagen. Noch 2007, 2008 und 2009 fanden sich am Soldatenfriedhof Essel Nazi-Kameradschaften aus Celle, Schneverdingen, Hildesheim, Lüneburg und anderen Orten zur Heldenfeier für die Waffen-SS ein. Um den Friedhof nicht weiterhin zu einem Nazi- und Militaristen-Wallfahrtsort werden zu lassen, lud 2009 ein Bündnis aus Antifa Soltau-Fallingbostal, DGB-Nordost-Niedersachsen, DGB-Chor Hannover, Lindener Schüler:innen und VVN/BdA zum kritischen „Sonntagsspaziergang“. Kriegerdenkmale gerieten in den antifaschistischen Fokus und wurden besprüht oder umgestaltet, wie z.B. erst vor wenigen Jahren, 2021 auf einem Friedhof im schwäbischen Lippach, wo sich am Totensonntag jahrzehntelang ehemalige Mitglieder der Waffen-SS trafen, um der dort getöteten Kameraden zu gedenken. Auch die langjährigen Proteste,



**DEN NAZIS DIE FACKELN
AUSBLASEN!!!**

**DEUTSCHE TÄTER
SIND KEINE OPFER!**

**ANTIFASCHISTISCHE KUNDGEBUNG UND
DEZENTRALE AKTIONEN GEGEN NAZIAUFMARSCH**

14.11.2009

15:00 UHR

**MARKTPLATZ
ARNSTADT**

volkstrauertag-abschaffen.tk

Umbenennungen und Umfärbungen am Hamburger Kriegsklotz, 1934 aufgestellt als Kriegerdenkmal mit dem Schriftzug „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen“, gehören zur frühen und nicht abgeschlossenen Geschichte linker antifaschistischer Politik gegen NS-Verherrlichung. Der Stein steht nach zahlreichen Instandsetzungen noch immer an Ort und Stelle.

Vernetzung von Neonazis in Mittel- und Osteuropa

NS-verherrlichende Aufmärsche fanden und finden europaweit statt, beinahe überall da, wo die Achsenmächte und ihre Kollaborateure während des zweiten Weltkriegs wüteten. Trotz eines weit verbreiteten, anhaltenden antislawischen Rassismus, haben sich im Laufe der Jahrzehnte extrem rechte Bündnisse formiert,

um auch in Osteuropa NS-Verbrechen zu huldigen.

Neben dem Gedenken an lettische Kollaborateure und Angehörige der Waffen-SS in Riga (Lettland) sind auch der „Lukov-Marsch“ in Sofia (Bulgarien) und der „Tag der Ehre“ in Budapest (Ungarn) fester Bestandteil einer neonazistischen Lebenswelt. Strukturen wie „Blood & Honour“, „Hammerskins“ sowie als Parteien getarnte Kameradschaftsstrukturen von „Der III. Weg“ und „Die Rechte“ aus Deutschland beteiligen sich jedes Jahr an diesen Events. Für deutsche Neonazis sind diese internationalen Veranstaltungen von besonderer Bedeutung, denn dort können sie in aller Öffentlichkeit zu den Leitbildern, Parolen, Losungen und Symbolen des NS-Regimes stehen. Seit 1997 versammeln sich jährlich tausende Neonazis im Februar zum sogenannten „Tag der Ehre“ in Budapest. International angereisten militanten Rechten wird dort eine Art Gedenkwoche bestehend aus Demonstrationen, Rechts-Rock, NS-Folklore und Leistungssport in Form eines historischen Gewaltmarsches geboten (Vgl. AIB

Nr. 122).

Die Neuauflage einer antifaschistischen Dauerkampagne

Seit einigen Jahren wächst der Widerstand gegen das jährliche Neonazi-Großevent in Budapest. Getragen von lokalen Antifaschist:innen, mal unterstützt von studentischen Aktivist:innen, Roma, subkulturellen Zusammenhängen oder zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gibt es zunehmend sichtbare und hörbare Gegenproteste.

Einen Aufruf antifaschistischer Aktivist:innen aus Budapest, sich gemeinsam über nationale Grenzen hinweg zu organisieren, um der internationalen neonazistischen Mobilisierung effektiv entgegenzutreten, haben antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen daher zum Anlass genommen, die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“ wiederzubeleben. Im Zentrum der gemeinsamen Idee steht seitdem die Organisation einer internationalen antifaschistischen Gegenmobilisierung zum „Tag der Ehre“. Vor einigen Jahren



schlossen sich antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen aus Österreich dem Bündnis an.

| Staatliche Jagd auf Antifas

Die Glorifizierung der SS oder ungarischer Faschist:innen schien für deutsche und ungarische Behörden für lange Zeit kaum ein Problem gewesen zu sein. Auch Berichterstattungen über dieses skandalöse Event beliefen sich meist auf übliche, linke Medien. Im Zuge der Gegenproteste 2023 lösten hingegen Angriffe auf Neonazis eine internationale Repressionswelle gegen Antifas aus Deutschland, Österreich und Italien aus.

Trotz der immensen Repressionen und anderer vergangener Widrigkeiten wie der Pandemie können wir als Kampagne gemeinsam mit den Genoss:innen aus Budapest bedeutsame Erfolge verzeichnen: Die größere Mobilisierung zum Gegenprotest hat im Jahr 2023

zum ersten Mal seit Bestehen des NS-glorifizierenden Events dazu geführt, dass das „Blood&Honour“-Gedenken an den Stadtrand verlegt werden musste und es den europaweit angereisten Neonazis somit nicht möglich war, ein faschistisches Helden-gedenken im Városmayor Park oder auf der Budapester Burg durchzuführen. Auch im Februar 2024 konnte an die erfolgreichen Mobilisierungen der vergangenen Jahre angeknüpft werden. Der schwerwiegenden Kriminalisierung antifaschistischer Proteste in Deutschland und Ungarn zum Trotz finden wir es gerade jetzt umso wichtiger, vor Ort zu sein und bei der Gegendemonstration zum „Tag der Ehre“ Präsenz zu zeigen.

Budapest war bisher kein einfaches Pflaster für linke, antifaschistische Proteste und wird das in der nächsten Zeit wohl noch weniger sein. Trotzdem möchten wir uns von der Repressionswelle

nicht einschüchtern lassen und die aktiven Antifas in Ungarn keinesfalls alleine lassen! Ob in Wunsiedel, Dresden oder Budapest. Es lassen sich viele weitere Orte nennen an denen Neonazis versuchen, über die Verbreitung von Mythen und durch Verherrlichung deutscher Geschichte Fuß zu fassen. Die

vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt: Wir brauchen einen langen Atem, um rechten Zuständen entgegenzuwirken.

Dafür ist ein internationaler Antifaschismus notwendig. Solidarität mit den von Repression betroffenen Antifas sowie Freund:innen und Familien.

Bündnisarbeit, Recherche, Schauplätze aufdecken, Druck machen, langjährige Proteste, kritische „Sonntagsspaziergänge“, Umbenennungen/Umfärbungen von Kriegsdenkmälern, internationale Zusammenarbeit, Umgangsformen mit Repression entwickeln, solidarisch sein



Wunsiedel / Berlin / Deutschland

Wiederbelebung der Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! – gegen die Glorifizierung von Rudolf Heß

Antifa Westberlin

Im Jahr 1988 fand der erste offizielle Gedenkmarsch deutscher Neonazis für Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel (Bayern) statt. Ein Jahr zuvor suizidierte sich der Kriegsverbrecher in

einem Gefängnis in Berlin-Spandau. Im Zuge antifaschistischer Gegenproteste gründete sich 2004 die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! Dreizehn Jahre später erfuhr sie eine Reaktivie-

rung in Berlin, als sich die Aufmärsche zunehmend wieder dorthin verlagerten.

Die Mythenbildung um Rudolf Heß

Heß wird von Neonazis als aufrechter und unbeugsamer Nationalsozialist gehandelt. Als überzeugter Antisemit trat Heß 1920 nur wenige Monate nach ihrer Gründung in die NSDAP ein und stieg zu Hitlers Stellvertreter in der Partei auf. Zur Mythenbildung gehört die Verklärung zum

„Friedensflieger“, nachdem er im Mai 1941 eigenmächtig nach Schottland flog, um in Verhandlungen das Vereinigte Königreich zum Rückzug zu bewegen. Während der Nürnberger Prozesse zeigte er sich uneinsichtig, seine Haltung wird im Zitat „Ich bereue nichts“ deutlich. Laut rechtem Verschwörungsglauben wurde Heß 1987 im damaligen Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau von britischen Agenten ermordet. Tatsache ist, dass er dort Suizid beging.

Die Entstehung einer bundesweiten Kampagne

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD wurden die „Heß-Märsche“ zum wichtigsten faschistischen Event in Deutschland. Sein Tod war noch nicht so lange her, die Mythen aber schon dicht gewoben und so wurde Heß zu einer wichtigen gemeinsamen Symbolfigur alter und neuer Nazis in West und Ost.

Nachdem sich bereits wenige Stunden nach der Nachricht des Todes Heß' Faschist:innen vor dem Kriegsverbrechergefängnis versammelt hatten, gab es in den kommenden Jahren Versuche größerer und kleinerer Aufmärsche, Flashmobs und Ausweichaktionen im Ausland. Wo 1988 mit etwa 160 Nazis am Grab in Wunsiedel die erste geschichtsverklärende Gedenkveranstaltung stattfand, waren es 2004 zum Höhepunkt bis zu 5000 Teilnehmende. Zum fünften Jahrestag 1992 mobilisierten Neonazis 2000 Menschen nach Rudolstadt in Thüringen, darunter auch Mitglieder des NSU. Diese beteiligten sich vier Jahre später auch in Worms am „Heß-Marsch“.

Bezüge zum NSU

Die sogenannten „Heß-Märsche“ sind Teil des NSU-Komplexes. Denn es waren Neonazis aus dem „Thüringer Heimatschutz“ und dem späteren NSU, die die „Heß-Märsche“ wie 1992 in Rudolstadt oder 1996 in Worms mitorganisierten oder daran teilnahmen. Die Märsche wurden damit zu prägenden Ereignissen in der politischen Sozialisation der NSU-Terrorist:innen. Solche Anlässe zur Vernetzung und gegenseitigen Selbstversicherung sind Basis für eine Organisation.

Antifa heißt Busfahren

In den 90er Jahren hieß die selbstironische Parole autonomer Antifaschist:innen »Antifa heißt Busfahren«. 1990 wurde ein erster autonomer Gegenprotest mit bis zu 3000 Antifas rund um den „Wunsiedler Arbeitskreis alter & neuer Neonazis“ organisiert. Das Bündnis hatte nicht lange Bestand, denn bereits ein Jahr später spalteten sich Parteien und deren Jugendorganisationen ab und organisierten ein Kulturfest. Antifaschistische Initiativen

NS- VERHERR- LICHUNG STOPPEN!



18. AUGUST 2018
BERLIN - SPANDAU

**DEN RUDOLF HESS-MARSCH VERHINDERN!
DIE RECHTEN ZU BODEN!**

aus dem Vogtland, Fichtelgebirge und Frankenwald mobilisierten hingegen zu einer Gegendemo in Bayreuth. Vier aus Norddeutschland angereiste Busse wurden von Neonazis auf der Rückfahrt an einer Raststätte angegriffen. In den darauffolgenden Jahren gab es organisierte Buskonvois von Antifaschist:innen, die den Neonazis begannen „hinterherzureisen“, um spontan reagieren zu können. Mit zunehmender Repression gab es ab 1994 eine Kehrtwende in der Aktionsform. Daraufhin wurden autonome Antifademos durch die „Antifaschistische Koordination 94“ in Hamburg und Berlin organisiert und Neonazis an ihren Wohn- und Wirkorten besucht. Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang das Scheitern der Neonazis im dänischen Roskilde 1995 bleiben. Der dortige Heß-Marsch mit 150 Nazis wurde von Antifaschist:innen aus Deutschland und Dänemark sowie empörten Bürger:innen der Stadt gestoppt.

In den Jahren 2001-2004 erreichten die Aufmärsche ihren Höhepunkt. Bis zu 5000 Nazis pilgerten ins bayerische Wunsiedel, wo sich

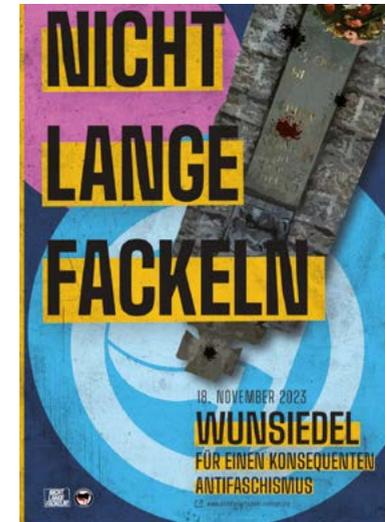
noch bis 2011 das Grab von Heß befand. Die Kampagne NS Verherrlichung stoppen! formierte sich im Jahr 2004 und leitete das Ende der Aufmärsche ein. Die Kampagne hatte eine Strahlkraft weit über die autonome Antifa-Szene hinaus. Sogar der damalige Bürgermeister von Wunsiedel, Karl-Willi Beck, wohlgernekt CSU-Politiker, beteiligte sich an Sitzblockaden. Nach 2004 griff das Verbot des Bundesverfassungsgerichts, welches das Gedenken an Heß in Wunsiedel verhinderte. Die Kameradschaftsszene um das „Freie



Netz Süd“ und später „der III. Weg“ versuchten in den folgenden Jahren an den Heß-Mythos in Wunsiedel anzuknüpfen, kamen aber mit wenigen Teilnehmenden nicht über eine regionale Mobilisierung hinaus.

Das politische Klima und die „Heß-Märsche“ 2017 & 2018

Um zu verstehen, in welchem gesellschaftspolitischen Kontext hunderte Neonazis durch Berlin marschieren konnten, mit dem Ziel, das Leben und Sterben des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß zu verklären, wollen wir einige Schlaglichter auf diese Zeit werfen. Im Jahr 2017 zogen überraschend mehr als 1.000 Neonazis durch Spandau. Das Revival 2017 und 2018 traf die antifaschistische Linke Berlins unvorbereitet und unter widrigen Bedingungen, Berlin drohte zum neuen Aufmarschort der „Heß-Märsche“ zu werden. Die Zeit nach dem G20-Gipfel in Hamburg war geprägt von Öffentlichkeitsfahndungen gegen linke Demonstrierende und dem Verbot der Medienplattform „linksunten indymedia“. Es kam zu



Hausdurchsuchungen und Verhaftungen mit mehrjährigen Haftstrafen, es gab massive politische und mediale Angriffe auf linke Zentren. Politiker:innen forderten Schließungen dieser und mehr, der Berliner CDU-Generalsekretär Stefan Evers sprach im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Hausprojekt Rigaer Str. 94 von „Gesindel... räuchert dieses Nest von Linksfaschisten aus“. 11. Juli 2018: Unter Applaus und Jubel der auf der Besucher:innen-Tribüne des Oberlandesgerichts München anwesenden Neonazis geht der NSU-Prozess nach 5 Jah-

ren zu Ende. Nachdem die Hinterbliebenen und Freund:innen der Opfer jahrelang dem Rassismus deutscher Behörden ausgesetzt waren und gedemütigt wurden, stellte dieses Urteil einen weiteren Schlag dar. Selbst auf die Täter:innen und Sympathisant:innen des NSU muss das Urteil milde gewirkt haben, wie eine Einladung an die völkische und terroristische Neonaziszene, weiterzumachen. Nur einen Monat später, am 18. August 2018 verkündete der damalige Berliner SPD-Innensenator Andreas Geisel, dass „die freiheitlich-demokratische Grundordnung leider auch für Arschlöcher“ gelte und begründete so die Entscheidung, den „Heiß-Marsch“ stattfinden zu lassen. Trotz der antifaschistischen Mobilisierung, die zur Wiederbelebung der Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! führte, gelang es unter diesen Bedingungen jedoch nicht, den „Heiß-Märschen“ in Berlin angemessen zu begegnen. Im Jahr 2018 war es Neonazis sogar möglich, durch Berlin-Friedrichshain zu marschieren. Nicht unerwähnt sollen in diesem Zusammenhang militante Antifa-

Aktionen wie Brände an Kabelschächten der Deutschen Bahn in Groß Behnitz und an der Signalanlage in Finkenkrug im Kreis Havelland am Tag des Naziaufmarsches 2017 bleiben. 250 Neonazis aus Nordrhein-Westfalen, dem Rheinland, Norddeutschland und Nordwestbrandenburg strandeten im nahen Falkensee, wo sie sich mit einem Kleinstaufmarsch in der Peripherie zufrieden geben mussten.

Antifaschistischer Ausblick

Ritualisierte Aufmärsche zur Pflege von Opfermythen wie in Remagen, Halbe oder Lübeck sind Geschichte bzw. als Großevents für die NS-Szene aufgrund zunehmender Repression nicht mehr attraktiv. Die Krisen der letzten Jahre haben die Aktionsfelder der radikalen Rechten verschoben. Ihre Mobilisierungen der letzten Jahre fördern Mischszenen aus Neuer Rechte, Rechtspopulist:innen und völkischen Neonazis. Das NS-Spektrum tritt abseits klandestin organisierter Treffen nur selten in der Öffentlichkeit auf. Zwei Beispiele sind am „Tag

der Ehre“ in Budapest (Ungarn) und beim „Lukovmarsch“ in Sofia (Bulgarien). Dennoch gehört die Pflege von Mythenbildung rund um den Nationalsozialismus zum Kern neonazistischer Propaganda. Denn es braucht Geschichten, die verschleiern, worum es ihnen unter anderem geht: antisemitische Vernichtungsphantasien und die Verherrlichung historischer NS-Persönlichkeiten und das, wofür sie standen. Antifaschistische Proteste und Interventionen haben bundes-

weite Großdemonstrationen von Rechts immer wieder verhindert oder erschwert, so auch bei den „Heiß-Märschen“. Wie auf aktuelle, rechte Strategien reagiert werden kann, muss immer wieder neu verhandelt werden. Was die „Heiß-Märsche“ gezeigt haben: rechte Mythen haben großes Vernetzungspotential und sind bis weit in konservative Lager anschlussfähig. Dem zu begegnen bleibt auch auf internationaler Ebene eine wichtige antifaschistische Aufgabe.



Im Umfeld von Neonazis aktiv werden, gemeinsame Anreisen organisieren, mobil und flexibel sein, Bustouren planen, Bahnausfälle, internationale Solidarität



Bleiburg/Plibergk2016

Bleiburg/Pliberk/Österreich

Kroatischer Faschismus und der Mythos Bleiburg

AK Bleiburg/Pliberk

Über mehrere Jahrzehnte kamen Tausende Personen nach Bleiburg/Pliberk* im Süden Österreichs, um hier den Ustaša und dem faschistischen unabhängigen Staat Kroatien zu huldigen. Seit 2020 findet das bis dahin größte faschistische Treffen Europas in der Form nicht mehr statt, nicht zuletzt wegen jahrelanger anti-faschistischer Arbeit.

Hinweis

Der „AK Bleiburg/Pliberk“ verwendet in seiner Arbeit zweisprachige Ortsbezeichnungen, was sich aus den örtlichen und politischen Gegebenheiten ergibt. Teile des im Süden Österreichs liegenden Bundeslandes Kärnten ist slowenisch-sprachig bzw. zweisprachig (slowenisch, deutsch). Sprache, Identität und nationale

Zugehörigkeit ist insbesondere seit dem Zerfall der Monarchie 1918 umstritten und umkämpft. Die sowohl in der Ersten Republik (1918-1934) als auch Zweiten Republik (seit 1945) eingeräumten Rechte der Minderheiten wurden und werden von Mehrheitsbevölkerung und deutschnationalen Verbänden negiert und bekämpft.

Jugoslawien im 2. Weltkrieg (1941)

Im Jahr 1941 trat das Königreich Jugoslawien wegen des starken Drucks von Nazideutschland den Achsenmächten (Deutschland, Italien, Japan) bei und gab damit seine Politik der Neutralität auf. Aufgrund dessen kam es zu einem Staatsstreich in Jugoslawien, der die vorangegangene Neutralitätspolitik wiederherstellen wollte. Als Reaktion auf den Putsch überfiel zehn Tage später, am 6. April 1941, NS-Deutschland Jugoslawien und zerteilte es, wobei es einen Teil selbst besetzte. Im Rest wurde am 10. April der „Unabhängige Staat Kroatien“ („Nezavisna Država Hrvatska“, kurz: NDH) ausgerufen. Der NDH

umfasste Gebiete des heutigen Kroatiens, Bosnien und Herzegowinas sowie Teile Serbiens. De facto war der NDH ein Vasallenstaat des faschistischen Italiens und des nationalsozialistischen Deutschlands, allerdings hat er den Großteil seines Staatsgebiets selbst kontrolliert und konnte frei agieren. Die Staatsführung übernahm Ante Pavelić und damit die Ustaša. Bereits im April 1941 wurden im NDH die Nürnberger Rassengesetze übernommen. Es kam unmittelbar zu antiserbischen und antisemitischen Maßnahmen und Aktionen. Eine Besonderheit des NDH, im Gegensatz zu anderen Verbündeten Deutschlands, war der eigenständige Aufbau und Verwaltung eines KZ-Systems, welches ohne deutsche Hilfe betrieben wurde. In dessen größtem Konzentrationslager Jasenovac wurden 80.000-90.000 Serb:innen, Juden:Jüdinnen, Roma:Romnija und politische Gegner:innen ermordet. Neben den Ustaša Milizen waren die Domobranen die regulären Streitkräfte des NDH bis 1944. Darüber hinaus wurde der NDH

- vor allem im Kampf gegen die Partisan:innen- zum Teil auch von Četniks unterstützt. Četniks sind serbische und montenegrinische königstreue, völkische und/oder antikommunistische (bis faschistische) Milizen im Zweiten Weltkrieg.

Die letzten Kriegsmomente 1945 in Kärnten/Koroška*

Mit dem Vordringen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee und der jugoslawischen Partisan:innen in den letzten Kriegsmomente 1945 und der sich abzeichnenden Kapitulation der deutschen Streitkräfte, beginnen Truppen des NDH, die Ustaša-Verbände und-Funktionäre samt Zivilpersonen, Četniks und slowenische Domobranci zusammen mit der sich zurückziehenden Waffen-SS und Wehrmacht vor den vorrückenden Partisan:innen in Richtung Österreich zu flüchten. Sie hoffen, sich dort den britischen Streitkräften ergeben zu können, um sich so- im Bewusstsein ihrer Verbrechen- den Partisan:innen zu entziehen. Am

14. Mai erreichen einige faschistische Truppen das Loibacher Feld/Libuško Polje in Kärnten/Koroška*. Die britischen Streitkräfte verweigern die Kapitulation, wodurch sie gezwungen werden, sich den jugoslawischen Einheiten zu ergeben, welche sie auf jugoslawisches Gebiet überführen. Dort kommt es zu Racheaktionen, bei denen Zehntausende getötet werden. Aus diesen Ereignissen entsteht in den folgenden Jahren der „Mythos Bleiburg“.

Der „Mythos Bleiburg“

Aus Racheaktionen in Jugoslawien wird in der Mythologisierung ein Massaker am Feld, militärische Verbände werden zu Zivilist:innen, Zehntausende werden zu Hunderttausenden. Für den kroatischen Nationalismus und Neofaschismus werden Vorgang und Ort ein zentraler Bezugspunkt. Vor allem Exil-Kroat:innen, die selbst Ustaša waren oder Funktionen im NDH-Staat innehatten, halfen diesen Mythos zu etablieren und die Gedenkfeiern zu organisieren. 1953 haben sie den Verein „Bleiburger Ehrenzug“ gegründet,



Bleiburg/Pliberk 2022

welcher seither als Veranstalter der Feier fungiert. Bis 1990 trafen sich wenige hunderte Menschen, hauptsächlich Exil-Kroat:innen aus Europa, Australien und Nordamerika, jährlich in Bleiburg/Pliberk, um dem angeblichen Massaker am Feld zu gedenken. Mit der Unabhängigkeit Kroatiens 1995 wird der im Exil entstandene und in Bleiburg zelebrierte Opfermythos, wie auch der positive Bezug auf den NDH, Teil des nationalen Narrativ Kroatiens. Beispielsweise werden Plätze und Straßen nach Ustaša umbenannt, Partisan:innenendenkmäler entfernt, das kroatische Parlament übernimmt die Schirmherrschaft über das Treffen und unterstützt die Veranstaltung finanziell. Gleichzeitig steigen die Teilnehmer:innenzahlen, 2015 erreicht das Treffen mit 30 000 Menschen seinen Höhepunkt. Der Mythos Bleiburg ist zentral für die kroatische Staatsgründung und Gesellschaft, wird nicht nur von der kroatischen Rechten, sondern durch Kirche, Schulen und Regierung getragen. Die Allgegenwärtigkeit des Mythos Bleiburg in der kroatischen Gesellschaft spiegelt sich auch im Publikum

der Gedenkfeier wieder: nicht nur parlamentarische und außerparlamentarische Rechte, Rechtsextreme und Revisionist:innen nehmen daran teil, sondern Konservative, Katholik:innen, kirchliche Würdenträger und Regierungsmitglieder. Während die Gedenkfeier samt Messe live im kroatischen Fernsehen übertragen wurde, fand das Treffen in Österreich kaum Beachtung. Das faschistische und revisionistische Treffen galt offiziell als katholische Messe und wird als „Muttertagsfeier“ tituliert.

Kritik am Treffen und insbesondere am stetigen Wachsen gab es vereinzelt, wenngleich sich oft änderte, wer diese übte: mal Lokalpolitik, mal Medien, mal Kirche, mal antifaschistische oder lokale slowenische Verbände. Auch innerhalb der kroatischen Exil-Verbände gab es Dissens, wobei hier nicht das Treffen selbst zur Disposition stand, sondern die konkrete Ausgestaltung- zu katholisch oder zu offen faschistisch. Organisierter Protest, der sich den anreisenden Faschos oder der Feier in den Weg stellte, gab es nur selten und war aus mehreren Gründen- Selbstschutz



sowie behördliche Auflagen- auch nie in Sichtweite der Feier. So konnte 2008 eine kleine Kundgebung gegen die Feier nur in einem mehrere Kilometer entfernten Ort abgehalten werden.

| Antifaschistische Organisation

Der AK Bleiburg/Pliberk formierte sich 2015 und nahm sich zum Ziel, durch Recherche, Dokumentation, Aufklärung und Medienarbeit die Feier zu stören und perspektivisch zu verhindern. Die Kampagne entschied sich explizit dagegen, auf Kundgebungen, Demos oder Störungen zu setzen, nicht zuletzt aus Erfahrungen mit der Ulrichs-

berg-Kampagne (u-berg.at), dem Hang der Polizei in Kärnten/Koroška zu unberechenbaren Repression und der stark mit der Feier sympathisierenden Medienlandschaft, Politik, Verwaltung und Kirche. Durch Skandalisierung der Feier und ihrer Inhalte war es der Kampagne möglich, schrittweise Einschränkungen für die Feier und die Veranstalter zu erwirken. 2018/2019 fand die Feier nur mehr mit Einschränkungen und Auflagen statt, für 2020 stand ein Kompletต์verbot der Feier im Raum. Ein solches war durch die Corona-Pandemie, die eine Veranstaltung mit internationalen Gästen verunmöglichte, nicht

nötig, hinzu traten noch Rechtsstreitigkeiten über das Grundstück. Seit 2020 findet die Feier nur mehr in stark veränderter Form statt, nichtmal 100 Personen nehmen daran teil. Innerhalb der kroatischen Exil-Community herrscht Unstimmigkeit, wie weiter- manche wollen einen Transfer (nach Zagreb, Udbina oder Macelj), andere bekämpfen die Einschränkungen und Auflagen der österreichischen Behörden. Das Einwirken auf Politik und Verwaltung, die Kritik an der Duldung durch die örtliche Kirche und die Arbeit mit interessierten Medien hat sich dabei als fruchtbar erwiesen. Leider war die Debatte damit auch sehr oft sehr verrechtlicht bzw. auf einzelne Details (zB verbotene Symbole) bezogen. Die Kampagne hat eine Veränderung des Diskurses und Bildes über die Feier erreicht, wie nachhaltig diese ist, bleibt offen, und ist weiters stark auf die Debatte in Österreich beschränkt, hatte also kaum Wirkung auf Deutschland oder Kroatien. Das Treffen in seiner jahrelangen Form ist allerdings Geschichte.

| Aktionismus

Von der Kampagne AK Bleiburg wurde auf Demonstrationen etc. verzichtet. Allerdings gab es ab 2018 Demonstrationen, die von der „Plattform Radikale Linke“ vor Ort in Bleiburg organisiert wurden.

Das Treffen war in Österreich weitestgehend unbekannt. Auch vor Ort in Kärnten/Koroška wurde nicht thematisiert, was das für ein Treffen ist, wer sich dort trifft, welche Inhalte verbreitet werden. Es gab keine Aufmerksamkeit für die Redehalte, Anspielungen und Referenzen, zumal diese auf Kroatisch erfolgten und weder Polizei noch Medien darauf achteten. Daher war eben in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit und Recherche notwendig. Es gab einerseits verstärkt Kontakt mit Medienvertreter:innen, die tatsächlich angefangen haben zu berichten, auf Personen oder Inhalte hinzuweisen und diese zu skandalisieren. Es gab auch verstärkt Kontakt in die Politik, sowohl lokal als auch auf Bundesebene. Es half, dass Medien und Politiker:innen an den Treffen selbst teilnahmen,



SMRT FAŠIZMU
**NEVER LET THE FASCISTS
HAVE THE FIELDS!**

Radikale
LINKE

auch bei den Gegenprotesten waren stets Medien und Politik involviert. Die Debatte erreichte das Parlament, dort beschlossen vier von fünf Parteien gemeinsam eine „Prüfung“ der Feier. Die daraufhin im Innenministerium eingerichtete Expert:innengruppe kam zum Schluss, dass aufgrund des Charakters der Feier und der Symbole, die dort gezeigt werden, dass Treffen so nicht wieder stattfinden kann.
Der Druck auf Kirche, Veranstalter, Politik und Behörde war 2020

am Höchsten: der Entscheid der Expert:innengruppe, das Ableben des Obmanns des Bleiburger Ehrenzuges und dadurch die unklaren Eigentumsverhältnisse betreffend des Feldes, wo die Feierlichkeiten stattgefunden haben, sowie die Corona Pandemie. Auf Zweiteres und Dritteres hatte der Aktionismus natürlich keinen Einfluss, auf Ersteres allerdings sehr wohl – gerade durch die Recherche, Dokumentation, Medienarbeit u.s.w..

Recherche, Dokumentation, Öffentlichkeits- und Medienarbeit, Druck auf Institutionen und Politik, Hartnäckigkeit, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen



Mittenwald / Deutschland

Die Kampagne „Angreifbare Traditionspflege“ gegen geschichtsrevisionistische Kameradschaftstreffen der Gebirgsjäger

AK „Angreifbare Traditionspflege“

„Ich würde gern einen der Soldaten finden und ihn fragen, warum hast du das getan?“ so Christina Dimou, Überlebende aus dem griechischen Kommeno, als sie Pfingsten 2003 an den Protestveranstaltungen gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger im bayrischen Mittenwald teilnahm. Als 13-Jährige hatte sie erleben müssen, wie im August 1943 ihr Dorf von einer Wehrmachts-einheit zerstört wurde und 317 Menschen erschossen wurden.

Die Täter waren Gebirgsjäger aus Mittenwald.

„Gebirgsjäger-Division – mörderische Tradition!“

Die in der Wehrmacht tätigen Gebirgstruppen mit dem Edelweiß als Kennzeichen wurden in der nationalsozialistischen Propaganda gern für ihre scheinbaren ‚Heldentaten‘ hervorgehoben. Darunter finden sich Massaker an ziviler Bevölkerung, z.B. 1943 im griechi-



schen Kommeno, Lyngiades und Moutoutsias und die Zerstörung ganzer Dörfer im Rahmen der sogenannten Partisanenbekämpfung in Griechenland, Italien, Jugoslawien und Albanien. Auch die Deportation von Jüdinnen: Juden aus Athen und Ioannina gehen auf das Konto der Gebirgsjäger. Die Ermordung mehrerer Tausend italienischer Kriegsgefangener auf der griechischen Insel Kefalonia (1943) gilt als eines der schlimmsten Kriegsverbrechen der Wehrmacht im 2. Weltkrieg- die Täter waren Soldaten der sogenannten ‚Edelweiß-Division‘.

Traditionspflege der Gebirgsjäger: Blutiges Edelweiß...

Nicht zuletzt wegen des politischen Willens nach Wiederbewaffnung und einer deutschen Armee wurden Debatten um Verbrechen der ehemaligen Wehrmachtstruppen in der Bundesrepublik vermieden, verschoben und ‚vergessen‘ – bequemer war es sowieso. Bereits 1952 wurde von ehemaligen Gebirgsjägern der Wehrmacht und den ihnen nach-

folgenden Bundeswehrsoldaten ein „Kameradenkreis der Gebirgs-truppe e.V.“ gegründet. Kritische Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und Aufarbeitung der eigenen Taten? Fehlanzeige. Vielmehr geht es hier um das „ehrenhafte Andenken an die Toten der beiden Weltkriege“ und die „Kameradschaft ehemaliger Gebirgs-soldaten“ mittels regelmäßiger (Veteranen-)Treffen, Vereinsblatt etc. Selbst verurteilte Kriegsverbrecher waren dabei, z.B. Hubert Lanz. Er war Befehlshaber des Massakers auf Kefalonia und verantwortlich für Pogrome in Lemberg und wurde 1947 in Nürnberg zu 12 Jahren Haft verurteilt (und vier Jahre später wieder freigelassen...) – dieser Nazi gründete den Kameradenkreis mit und blieb bis zu seinem Tod Ehrenvorsitzender. In dieser Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher verbinden sich patriarchalische Männerbündelei, Nationalismus und Alpinismus zu einer rechtsextremen Melange, die gleich an die dort aktiven Bundeswehrsoldaten tradiert wird. Seit 1957 veranstaltet der Kameradenkreis in Mittenwald am ‚Hohen Brendten‘ an Pfingsten

ein sogenanntes ‚Totengedenken‘ für die gefallenen und vermissten Angehörigen der Gebirgstruppe. Zwischenzeitlich war es mit über 10.000 Teilnehmenden eines der größten Traditionstreffen der Bundeswehr, an dem auch aktive Bundeswehrsoldat:innen und NATO-Repräsentant:innen teilnahmen.

„Kein Vergeben, kein Vergessen – Mörder haben Namen und Adressen“

Ganz im Sinne dieser Parole hatten antifaschistische Historiker:innen Anfang der 2000er Jahre begonnen, nach Tätern von NS-Kriegsverbrechen auch bei den bayrischen Gebirgsjägern zu recherchieren. Und sie wurden schnell fündig: die Verbrechen und die ungebrochene Traditionspflege des Kameradenkreises bot genug Anlass zur Empörung und zum Einschreiten.

Das alljährliche Pfingstgedenken der ‚Kameraden‘ am Hohen Brendten- einem Gipfel nahe des bayrischen Ortes Mittenwald- war umrahmt von typisch bayrischem Vorabend-Programm: traditionel-

les Schweinebraten-Essen im Mittenwalder Wirtshaus „Postkeller“. Im Jahr 2002 strömten plötzlich etwa 50 Antifas in die Gaststube, mitten ins feuchtfrohliche Beisammensein. „Gebirgsjägerdivision – mörderische Tradition“ wurde gerufen, Schilder mit Fotos der Kriegsverbrecher sowie mit den Ortsnamen der niedergebrannten Dörfer in Griechenland und Italien hochgehalten und von den verdutzten Anwesenden eine Gedenkminute für die ermordeten Opfer der Gebirgsjäger eingefordert. Die Antwort war Gebrüll und Geschubse, fliegende Bierkrüge, und besonders die alten ehemaligen Wehrmachtsveteranen drohten oder warfen mit Krückstock und allem, was sie in die Hände bekamen. So schnell, wie diese sich ganz offenbar gemeint fühlten – so schnell konnten die jungen Bundeswehrsoldaten gar nicht erfassen, was hier gerade stattfand. Zur Gedenkminute kam es natürlich nicht – die Antifas wurden wenig später von der Polizei in einer Jugendherberge festgesetzt, der Einfachheit halber gleich zusammen mit allen anderen dort Übernachtenden. Die



Mittenwald 2005

bayerischen Behörden begannen zu ermitteln – aber nicht wegen Kriegsverbrechen, sondern wegen Beleidigung, da „Mörder“ gerufen worden war...

„Deutsche Täter sind keine Opfer!“

Mit dieser überraschenden Störung des Kameradschaftsabends 2002 begann eine mehrjährige Kampagne des „AK Angreifbare Traditionspflege“. Das Gedenken an den Pfingstwochenenden konnte seitdem nicht mehr unge-

stört und unbemerkt stattfinden – es gab in den folgenden Jahren eine ganze Reihe von Aktionen: Gegendemos auf dem Weg zum Hohen Brendten, Stör- und Blockadeversuche beim ‚Heldengedenken‘, eigene Blumenkränze für die NS-Opfer und Deserteure, antifaschistische Kundgebungen und geschichtspolitische Erinnerungs-Spaziergänge in Mittenwald, es gab ein Hearing mit Überlebenden aus Dörfern, in denen die Gebirgsjäger gewütet hatten, eine eigene Zeitung, die über die Kriegsverbrechen

aufklärte und die unrühmliche Familientradition des Bürgermeisters aufs Korn nahm, und es gab immer wieder gesprühte Parolen am sogenannten ‚Ehrenmal‘ – von der örtlichen Presse gleich als Anschlag bezeichnet. In kreativ gestalteten Tourismus-Broschüren wurde geworben für „Festschmaus und gemütliches Zusammensein mit Kriegsverbrechern im Hotel Postkeller“. Diskussionen mit Anwohnenden im Ort endeten meist mit Beschimpfungen und Bedrohungen, jede Forderung nach Aufarbeitung und Entschädigung der Opfer wurde als ‚Verunglimpfung der Väter und Großväter‘ empfunden und hart attackiert. „1965 wären sie nicht gekommen, denn da waren wir noch 60.000“ sagten Gebirgsjäger-Veteranen 2003 in die anwesenden Fernsehkameras. Die lokale Presse schäumte in aufgebrachteten Hetzartikeln gegen den Protest. Seit 2006 wurde das Gebirgsjägertreffen sogar vorverlegt, um dem Tourismusgeschäft an den Pfingsttagen nicht zu schaden. Jedes Jahr war die Angst groß, was die ‚Chaoten‘ wohl wieder vorhätten – dankbare

Mobilisierung für die Kampagne! Dass die Antifaschist:innen mit inzwischen sehr alten Überlebenden der Kriegsverbrecher, mit Holocaustüberlebenden und Widerstandskämpfer:innen nach Mittenwald kamen, anstatt den Ort in Schutt und Asche zu legen, passte nicht ins Klischee. Angesichts der Beschimpfungen und Vergasungsphantasien, mit denen einige Mittenwalder:innen die Überlebenden konfrontierten, muss man riesigen Respekt davor haben, dass diese sich in eine solche Situation begaben. Die Forderung, dass die Gemeinde die Opfer des NS-Terrors empfangen solle, wurde wann immer möglich abgeschmettert bis auf die Ausnahme, dass bei der Denkmal-einweihung Zeitzeug:innen in der örtlichen Schule sprachen. Die Kampagne zog auch breitere internationale Kreise: im Jahr 2005 besetzten etwa 70 griechische und deutsche Antifaschist:innen gemeinsam den deutschen Soldatenfriedhof in Maleme auf Kreta – dort hätte das jährliche revisionistische ‚Gedenken‘ ehemaliger Wehrmachtangehöriger zum Jahrestag der deutschen Invasion

stattfinden sollen. Stattdessen gab es diesmal Transparente, Farbeier auf Uniformen und antifaschistische Parolen am Denkmal.

Erfolgreiche Praxis

Auch die überregionale Presse begann zu recherchieren und über die Kriegsverbrechen und deren jahrzehntelange Vertuschung zu berichten. Die Aktivist:innen übergaben Namenslisten mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern, was entscheidend dazu beitrug, dass sich ein Mitglied des Kameradenkreises der Gebirgstruppe, Josef Scheungraber, 2009 in München vor Gericht verantworten musste und wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Scheungrabers Einheit hatte 1944 im italienischen Falzano gewütet. Pfingsten 2009 hatte der „AK Angreifbare Traditionspflege“ vor dem Mittenwalder Bahnhof ein antifaschistisches Denkmal an die Opfer der Gebirgsjäger aufgestellt – darin lagen Steine, die von der Gemeinde Falzano zur Verfügung gestellt wurden. Die Gemeinde Mittenwald ließ dieses Denkmal wenige Tage nach der Aufstellung

entfernen, hat es aber inzwischen an einem anderen Ort wieder aufstellen lassen.

Mit der Aufstellung des Denkmals 2009 war eine Art Schlusspunkt der Kampagne gesetzt – ein Erinnerungsort in Mittenwald war durchgesetzt worden. Die Gebirgsjäger-Treffen am Hohen Brendten finden bis heute weiter statt, die Zahl der Teilnehmer:innen wurde jedoch immer kleiner. Es gab im Zuge der Kampagne an vielen weiteren Orten Initiativen gegen NS-Mörder und ihre Veranstaltungen – von Hamburg, Eschweiler, Bad Reichenhall, Schliersee, Melsungen, Wunsiedel über Kreta bis zum Ulrichsberg in Kärnten. Der „AK Angreifbare Traditionspflege“ arbeitete und forschte weiter und vernetzte sich mit Überlebenden und Aktivist:innen in vielen damals von den Nazis besetzten Ländern. Im Juni 2015 lud der Arbeitskreis ein zur „Liberation-Tour durch Oberbayern- Kein Frieden mit der Alpenfestung!“, um die Verbrechen der Gebirgsjäger im Zweiten Weltkrieg einmal mehr ins Gedächtnis zu rufen und zwar parallel zum im bayrischen Elmau

stattfindenden G7 Gipfel. Auch im Jahr 2022 blieb der G7-Gipfel dort nicht unkommentiert: der Arbeitskreis organisierte eine „Pedelec-Tour auf den Spuren der Gebirgsjäger und der Sondereinheiten Theodor Oberländers in der Ukraine und im Kaukasus“.

Was bleibt?

Die Einbindung von Überlebenden war ein besonderes und bewegendes Moment in der Kampagne – es machte es dem politischen Gegenüber schwerer, den Protest komplett als linke Randale abzutun. Die Sorge vor Image-Beschmutzung in einer Region, die stark vom Tourismus lebt, ergab einen dankbaren Ansatzpunkt für die Mobilisierung. Die politische Forderung der Kampagne war sehr konkret – und an sich einfach umsetzbar: in Mittenwald der NS-Opfer zu gedenken und NS-Verbrechen aufzuklären. Wer das nicht teilte, machte sich selbst politisch leicht angreifbar. Dagegen waren einige interne Debatten schwieriger: sollte der Aktionsfokus rein auf der Aufarbeitung der historischen Verbrechen liegen

oder sollte auch antimilitaristische Kritik an der Bundeswehr heute am Kasernenstandort Mittenwald präsent sein? Ist mit der örtlichen Bevölkerung überhaupt noch zu diskutieren, wenn dort die Mehrheit alle ‚Nestbeschmutzer‘ am liebsten am Galgen sehen will? Die Antworten fielen in den ganzen Jahren der antifaschistischen Präsenz unterschiedlich aus – es fanden zahlreiche Aktionsformen und Inhalte ihren Platz. Das Erleben von NS-verherrlichender ungebrochener Traditionspflege in Mittenwald, die Präsenz von Kriegsverbrechern und die massive Ablehnung jeglicher Forderung nach Aufarbeitung waren so prägnant, dass dies auch bundesweit einige Medien und breitere Kreise regelrecht verstörte und empörte – vielleicht der hilfreichste Moment für Mobilisierung und Pressearbeit dieser antifaschistischen Kampagne. Dass eine bloße neue Aktionsankündigung in 2022, an der letztendlich nur zwei Antifaschist:innen teilnehmen mussten, ausreichte, um erneut lokale und überregionale Medien auf den Plan zu rufen, zeigt deutlich, welche tiefen Spuren die

Kampagne lokal und überregional hinterlassen konnte.

Im Sommer 2024 gab es eine Initiative aus dem Verteidigungsministerium, den sogenannten „Traditionserlass“, der den Umgang der Bundeswehr mit ihrer Geschichte regeln soll, neu zu fassen. Da die Truppe mehr historische Bezüge zur Erlangung der eigenen ‚Kriegstüchtigkeit‘

benötige, sollte hier wieder ein positiver Bezug zu ehemaligen Wehrmachtsoldaten erlaubt sein. Nur auf öffentlichen Druck hin wurde dieser neue Erlass zurückgenommen. Das zeigt wiederum, dass ‚Traditionspflege‘ weiterhin ein umkämpftes Feld bleibt, auf das Antifaschist:innen ihr Augenmerk richten müssen.

Gegendemos, Kundgebungen, Stör- und Blockadeversuche, eigene Blumenkränze für NS-Opfer und Deserteure, geschichtspolitische Erinnerungs-Spaziergänge, Hearing mit Überlebenden, eine eigene Zeitung, gesprühte Parolen am ‚Ehrenmal‘, kreativ gestaltete Tourismus-Broschüren, internationale Zusammenarbeit, Farbeier auf Uniformen, eigene Denkmäler aufstellen

Budapest/Ungarn

Eine kurze Geschichte über den „Tage der Ehre“ und antifaschistischen Widerstand

Autonómia

Seit 1997 bis heute findet in Budapest jährlich im Februar eines der größten Neonazi-Events Europas statt. Mittels Demonstrationen, Konzerten und einer zivilgesellschaftlich anschlussfähigen Wanderung wird der deutschen Wehrmacht, der SS und den ungarischen Faschist:innen gedacht, finanziell unterstützt von der Regierung. Für europaweite Empörung von rechts bis Mitte sorgten dann erst 2023 antifaschistische Gegenproteste, im Zuge derer es zu Angriffen auf organisierte Neonazis kam. Es folgte eine massive,

internationale Repressionswelle gegen linke Aktivist:innen.

Eine Stadt wird umstellt (1945)

Vor 1945 war Ungarn ein typisches osteuropäisches autoritäres Regime, das nach und nach immer faschistischer wurde. Es gab starke Unterstützung für den Territorialrevisionismus, da das Land nach dem Ersten Weltkrieg viele Gebiete verlor. Das Horthy-Regime unterstützte das Nazi-Reich und beteiligte sich an der Militärkampagne gegen die

Sowjetunion. Hunderttausende ungarische Soldaten starben an der Ostfront. 1944 deportierten die ungarischen Behörden eine halbe Million ungarische Jüdinnen: Juden in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager. Nur sehr wenige kehrten zurück. Bis Weihnachten 1944 hatte die Rote Armee Budapest umzingelt. In dieser aussichtslosen Situation unternahm Wehrmacht, SS und ungarische Nazi-Truppen am 11. Februar 1945 einen verzweifelten Ausbruchversuch, der in der Budaer Burg begann. Er misslang. Lediglich wenige Hundert erreichten die deutsche Front, etwa 20.000 Soldaten starben.

Ein Mythos entsteht

Neonazis bauten den Mythos des heldenhaften Widerstands auf dem versuchten Ausbruch auf. In der mittelalterlichen ungarischen Geschichte gab es mehrere Beispiele dafür, dass die Verteidiger:innen von Burgen, die vom Osmanischen Reich belagert wurden, bei dem Versuch, auszubrechen, getötet wurden. Die Neonazis vergleichen den

Ausbruch im Februar 1945 auch damit. Die deutsche Wehrmacht, die SS und kollaborierende ungarische Pfeilkreuzler töteten gemeinsam zehntausende ungarische Zivilist:innen. Kurz vor Ende des Krieges befahl Hitler Budapest zu halten, da es die letzte Bastion gegen die Rote Armee vor Wien darstellte. Der Ausbruchversuch war aus militärischer Perspektive also eigentlich Befehlsverweigerung und Fahnenflucht.

Antifaschistische Mobilisierung (1989/90)

Eine antifaschistische Bewegung in Ungarn entstand 1989/90, zeitgleich mit der Gründung der liberalen Demokratie. Nach den ersten Mehrparteienwahlen im Jahr 1990 wurde 1991 die bürgerliche „Volksfront Demokratische Charta“ gegründet, um den faschistischen Tendenzen der nationalistisch-konservativen Regierung entgegenzutreten. 1992 konnten zu einer antifaschistischen Demonstration 80.000 Menschen mobilisiert werden. Gleichzeitig wurde auch eine autonome Gruppe namens „Anti-



Budapest 2022

fasiszta Akció“ (Antifaschistische Aktion) aktiv, die sich im Stadtbild auf Wänden sichtbar machte, Zeitungsartikel veröffentlichte und Demonstrationen durchführte. Nach einigen Jahren stellte die Gruppe ihre Arbeit ein.

Faschistische Bewegungen wurden immer dann stärker, wenn sie Unterstützung von der Regierung oder von großen rechten Parteien erhielten. Nach Orbáns Machtübernahme im Jahr 2010 baute seine Partei „Fidesz“ nicht nur die ihnen loyale faschistische Partei „Jobbik“ mit auf und nach deren Auflösung die Partei „Mi Hazánk“ –, sondern bezog auch immer mehr faschistische Elemente in ihre Politik ein. Außerdem versuchten sie, Neonazi-Gruppen für ihre ideologischen Spiele zu nutzen.

Zu Beginn der 1990er Jahre gewann die Neonazi-Bewegung als Nachfolgerin der nach 1945 ausgewanderten ehemaligen ungarischen Nazis an Stärke. Diese wurden personell und finanziell von den zuvor in den Westen emigrierten Kollaborateur:innen unterstützt. Der Staat löste von Zeit zu Zeit führende Gruppen auf,

faschistische Aktivitäten wurden damit jedoch nie gänzlich unterbunden.

Die Entwicklung des „Tag der Ehre“

1997 organisierte die damals bedeutendste Gruppe „Magyar Nemzeti Arcvonal“ (Ungarische Nationalfront), die erste Demonstration zum „Tag der Ehre“ mit der Absicht, eine Nazi-Mythologie zu etablieren. Nur 200 ungarische Neonazis nahmen an dieser Veranstaltung in der Budaer Burg teil. Im Jahr 1998 wurde die Veranstaltung international besucht, es kamen 400 Personen. Ein Jahr später fand im Anschluss zum ersten Mal auch ein Konzert statt. Dabei kam es im „Viking Club“ zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei. Der Skandal führte im darauffolgenden Jahr zum Verbot des sogenannten Ehrentags. Als Reaktion darauf begannen Neonazis mit der Organisation der Wandertour entlang der historischen Ausbruchsrouten. Die Form der Veranstaltung ist bei der Polizei nicht meldepflichtig. Die Veranstaltungen konnten so davon ausgehen,

sich einem Verbot langfristig zu entziehen – bis heute. Medien berichteten über diese Ereignisse, organisierte antifaschistische Gegendemonstrationen gab es damals noch nicht. Im Jahr 2003 übernahm „Blood & Honour-Ungarn“ die Organisation. Auf dem Kossuth-Platz versammelten sich 100 Neonazis, Dank verschiedener ziviler Mobilisierungen aber auch Hunderte Gegendemonstrant:innen. Dies waren erste lose Zusammenhänge, die sich den Neonazis entgegenstellten.

Autonome Mobilisierung (seit 2009)

Die Anzahl der an dem „Ehrentag“ teilnehmenden Neonazis nahm in den kommenden Jahren zu. Auf dem sogenannten Heldenplatz versammelten sich nun bis zu 1500 überwiegend ausländische Teilnehmer:innen. So auch im Jahr 2009. Aus diesem Anlass veranstalteten erstmals etwa fünfzig autonome Antifaschist:innen eine Gegendemonstration. Diese finden seitdem regelmäßig statt. Entweder in der Nähe des Aufmarschortes oder unabhängig

davon in der Innenstadt.

Die Größe der Gegendemonstration variiert von Jahr zu Jahr. In einigen Jahren beteiligten sich Studierenden, deren Beteiligung seit der Streichung des Gender Studies Masterstudiengangs durch das Orbán-Regime und die Verlegung vieler als kritisch geltende Studiengänge von Budapest nach Wien 2018 leider abnahm. Auch der „Verband Ungarischer Widerstandskämpfer:innen und Antifaschist:innen“ (MEASZ) rief ein Jahr zur Demo auf. Seit 2018 werden die Gegendemonstrationen konstant von der Gruppe Autonomía organisiert.

Die rechte Versammlungen fanden öfter an vorher unbekanntem Orten statt, teilweise gab es zwei Veranstaltungen in einer Woche. Regelmäßige Treffpunkte waren und bleiben jedoch die Budaer Burg und der Budaer Hügel (Normafa), weshalb sich auch die Gegenproteste dort etablierten, um in Reichweite das geschichtsrevisionistische Gedenken zu stören.

Ab 2018 wird der „Tag der Ehre“ von der „Legio Hungaria“ organisiert. Die etwa 100-200 Personen



ERŐS VÁRA MI ISTENÜNK

STOP NAZI PROPAGATION!

SE HŐSI SE TISZTA AMAGYAR SEM FASISZTA

STOPPEN

ELÉG A FASISZTÁK DICSÖITÉSÉBŐL!
OB IN BUDAPEST, DRESDEN, PLIBERK, RIGA ODER SOFIA!

BUDAPEST - NINCIS BIZTOS ERŐD A NÁCIK ÉS BARÁTAIK SZÁMÁRA! SE 1945-REK. SE MA!

BUDAPEST - KEINE SICHER FESTUNG FÜR NAZIS UND IHRE FREUNDE! WEIDER 1945 NOCH HEUTE!

KÖVESD A VEZÉRED!

A fasiszta terror áldozataira emlékezz!
NEVER FORGIVE - NEVER FORGET
1941-1945

Budapest 2023



presse-service.net
Netzwerk freier Foto- & Videojournalist*innen

umfassende Gruppe ist nach wie vor die dynamischste Neonazi-Organisation in Ungarn. Sie verfügen über bedeutende internationale Verbindungen.

Neben der sogenannten Gedenkveranstaltung, wurde die

Dran bleiben, Aufklärungsarbeit, Neonaziaktivitäten aufdecken, internationale Zusammenarbeit, Berichterstattungen in der Presse, Widerstand macht immer Sinn

als unpolitisch getarnte Neonazi-Wanderung im Laufe der Zeit immer größer und umfasst heute regelmäßig 2.000 bis 3.000 Teilnehmer:innen. Die Route startet immer noch offiziell in der Burg.

| Internationale Solidarität

Im Jahr 2020 untersagte die Bezirksregierung, die Veranstaltung an der Budaer Burg durchzuführen, daraufhin trafen sich die Neonazis wieder im nahegelegenen Városmajor Park. 500 Neonazis waren von mindestens

ebenso vielen Antifaschist:innen umzingelt – die Polizei hielt mit erheblichem Gewalteininsatz die Gegendemonstrant:innen auf Distanz. Durch eine zunehmende Vernetzung schlossen sich immer mehr ausländische Antifas dem Gegenprotest an. Bei dem Neonazi-Event handelt es sich nicht um eine alleinig innenpolitische Angelegenheit. Ein Großteil der jährlich anreisenden Neonazis kommen schließlich aus ganz Europa. Nach den lautstarken Protesten zum „Tag der Ehre“ 2020 schrieben nach langer Funkstille auch wieder liberale Mainstream-Medien über die Demonstrationen.

Im Jahr 2022 verbot die Polizei die Neonazi-Kundgebung, was vom Gericht bestätigt wurde. In den Jahren zuvor scheiterten die Verbotverfahren letztendlich meist an der gerichtlichen Prüfung. Ermöglicht hatte dies eine Gesetzesnovelle im Jahr 2018, die auch das Verbot von Demonstrationen zu anderen Themen erleichtert. Trotz des Demonstrationsverbots marschierten 200 Neonazis zur Burg. An der antifaschistischen Demonstration nahmen 150 Per-

sonen teil.

Ein Jahr später wurde die Neonazi-Demonstration erneut verboten, eine Gedenkveranstaltung konnte jedoch ungehindert im stadtnahen Wald abgehalten werden. 250 Antifaschist:innen versammelten sich zeitgleich in der Burg.

Seit dem Verbot konzentrieren sich antifaschistische Aktionen zunehmend auf die Wanderung mit ihren jetzt rund 3000 Teilnehmer:innen.

| Regierung und Zivilgesellschaft

Die ungarische Zivilgesellschaft zeichnet sich durch politische Passivität und ein geringes Maß an bewusstem Antifaschismus aus, sodass bisher keine größere antifaschistische Bewegung entstanden ist. Aber die Öffentlichkeit erkennt den Faschismus zunehmend als Problem an. Die große internationale Aufmerksamkeit, die der Neonazi-Demonstration in den letzten Jahren zuteil wurde, hat sicherlich zum offiziellen Verbot beigetragen. Das Problem ist natürlich nicht gelöst, weil Geschichtsrevisionismus Teil der

nationalen Politik innerhalb der Regierung ist.

Durch den antifaschistischen Widerstand ist sie jedoch gezwungen, ihre Absichten zu verschleiern. Für das Orbán-Regime ist der Anschein von sozialem Frieden wichtig. Aus diesem Grund werden alle Straßendemonstrationen von einer großen Polizeitruppe gesichert. Sie geben sich große Mühe, Antifaschist:innen von Neonazis zu trennen – auch wenn das nicht immer gelingt. Gleichzeitig sieht der Staat den Antifaschismus als potenzielle Bedrohung, der Verfassungsschutz überwacht Aktivist:innen. Regierungspropaganda hetzt offen gegen Antifaschismus- das wurde durch den Anti-Nazi-Angriff 2023 noch verstärkt, auch wenn das schon vorher der Fall war.

| Vorläufiges Fazit

In den letzten Jahren, seit 2019, in denen die Gegenprotest-Veranstaltenden den Kreis der Organisator:innen bewusst erweitert haben, ist es gelungen, mehr Menschen zu mobilisieren. Nach ungarischen Maßstäben ist eine

antifaschistische Demonstration mit 200 bis 300 Personen aufgrund der Besonderheit des Themas eine landesweite Nachricht. Und für die Teilnehmer:innen der Demonstration vermittelt bereits eine Menschenmenge von einigen hundert Menschen ein Gefühl von Sicherheit. Der Wirkungsbereich antifaschistischer Bewegung umfasst vorerst nur die radikaleren linken Gruppen und eine kleine Minderheit von Menschenrechtsorganisationen. Beispiele für zivilen Antifaschismus sind rar. In der offiziellen, oppositionellen Politik sind antifaschistische Kundgebungen die Ausnahme. Kern einer stattfindenden Öffentlichkeitsarbeit ist es, auf NS-verherrlichende Organisationen aufmerksam zu machen. Das braucht

sehr viel Ausdauer und Zeit. Die andauernden Proteste machen antifaschistischen Widerstand sichtbar. Als zu Beginn nur zwei, drei Dutzend Antifaschist:innen protestierten, war die Situation für alle sehr unsicher. Durch Zusammenschlüsse und das personelle Wachsen gewann alles an Kraft. Durch Berichterstattungen und Pressearbeit konnten antifaschistische Demonstrationen gesellschaftlich wahrgenommen werden. Und als die Polizei Antifas einmal nicht daran hinderten, sich den Neonazis zu nähern, konnten diese die extrem rechte Veranstaltung stören. Widerstand gegen die Veranstaltung der Neonazis- ob mit wenigen oder vielen Leuten- macht immer Sinn.

Sofia /Bulgarien

Antifaschistischer Widerstand in Sofia - der „Lukovmarsch“ und seine Neonazis

Antifa Sofia

Zum Februar eines jeden Jahres mobilisieren bulgarische Neonazis seit 2003 europaweit zum sogenannten „Lukovmarsch“ nach Sofia. Ziel des Fackelmarsches: das ehemalige Wohnhaus des bulgarischen Generals, Politikers, Kriegsministers und NS-Sympathisanten Hristo Lukov. Antifaschistische Gegenmobilisierung konnte über die Zeit einige Erfolge erzielen.

Bulgarien im NS

Bis 1941 beteiligte sich Bulgarien nicht am Krieg. Auf Drängen des Zaren Boris III. trat das Land schließlich dem Drei-Mächte-Pakt bei, es gab bereits wirtschaftliche Verbindungen zu Deutschland und Italien. Daraufhin wurden deut-

Learnings

Straßenpräsenz, Druck auf Institutionen, Geduld, Kämpfe zusammenbringen, internationaler Austausch, Aufklärungsarbeit

sche Truppen im Land stationiert. Die Territorien, die von den Deutschen Bulgarien zur Verwaltung überlassen worden waren, wurden besetzt.

Das waren Gebiete, die heute Teil der Republik Mazedonien, Nordgriechenlands und Ostserbiens sind. Jüdinnen:Juden wurden von dort in Konzentrationslager deportiert, im Unterschied zu denen aus dem „alten Territorium“ Bulgariens. Die Regierung

war pro-Nazis, aber mit einigen unabhängigen Positionen, z.B. weigerten sie sich, Truppen an die Ostfront zu schicken. Und 1943 erklärte die Regierung Großbritannien und den USA den „symbolischen“ Krieg. Danach wurden Sofia und einige andere Städte bombardiert, hier allerdings nicht symbolisch...

In den Jahren 1942-43 gründete Hristo Lukov die nationalistische „Union der bulgarischen Nationalen Legionen“ (UBNL) und wurde ihr Anführer. Die politische Ausrichtung der UBNL war in erster Linie antisemitisch und rassistisch.

Ein formuliertes Ziel bestand darin, die Regierung dazu zu bringen, die bulgarische jüdische Bevölkerung in Konzentrationslager zu deportieren.

Rechte Mobilisierung zum „Lukovmarsch“

Hauptorganisator der Veranstaltung ist die „Bulgarische Nationale Union“, eine neofaschistische Organisation, die für Angriffe auf linke Aktivist:innen und Vertreter:innen des LGBTQ+-Kollektivs bekannt ist. Ihre Mitglieder gehören unter anderem der Fußball-



Hooligan- und/oder Kampfsport-Szene an. Ihr Netzwerk geht über die Landesgrenzen hinaus, es gibt europaweite Verbindungen. Im Jahr 2024 nahmen sie beispielsweise an dem Gedenken an den Soldaten Swetoslaw Slawkow des Asowschen Bataillon teil, der Anfang des Jahres im Ukraine-Krieg getötet wurde.

Zu den Mitorganisatoren der vergangenen „Lukovmärsche“ gehören rechte Parteien, Militärorganisatoren, der Verband der bulgarischen Fußballfans, der „Blood and Honour“-Ableger in Bulgarien, „National Resistance“ und „White Front“. Derzeit gibt es zwei äußerst aktive Jugendorganisationen: „Junge Garde“ und „Jugend für Bulgarien“.

Aus dem Ausland reisten bisher diverse Mitglieder nationalistischer und neonazistischer Organisationen zum Event im Februar an. So zum Beispiel die der „La Falange“ aus Spanien, der NPD, „Die Rechte“, „Der III. Weg“ aus Deutschland, „Terre et peuple“, „Les Nationalistes“ aus Frankreich, „CasaPound“, „La Barriera“ aus Italien, „Narodowe Odrodzenie Polski“ aus Polen, „Nova Dreapta,

Blocul Nationalist“ aus Rumänien, „Legio Hungaria“ aus Ungarn, „The Nordic Front“ aus Schweden, die russische imperiale Bewegung sowie Gruppen aus Österreich, Kroatien usw..

Veränderungen im Umgang

Eine Veränderung der Verhältnisse trug dazu bei, dass sich die internationale Präsenz einschränkte. Gegen die Verherrlichung von Nazi-Ideologie beziehen bulgarische Behörden bisher keine offizielle eindeutige Position, es sind jedoch Veränderungen im Umgang mit dem Neonazi-Aufmarsch zu beobachten. Im Jahr 2023 gab es ein Versammlungsverbot. Die Neonazis meldeten daraufhin eine Demonstration unter dem Motto „Verboten, aber nicht vergessen“ an und inszenierten sich als Opfer von Repression. Im Jahr 2024 gab es dafür gleich mehrere extrem rechte Veranstaltungen, u.a. eine Demo „gegen den kommunistischen Terror und zum Gedenken an seine Opfer“ aufgrund eines Verbots mit bulgarischen Fahnen statt Fackeln und die Gedenkfeier vor dem ehemaligen Haus Lukovs.

Einer der erfolgreichsten Meilensteine von uns Antifaschist:innen ist es, dass die Bulgar:innen den „Lukovmarsch“ zunehmend als Neonazi-Ereignis anerkennen. Jahrelanger Widerstand hat zu einem gewissen Bewusstsein geführt. Politische Parteien haben begonnen, die Veranstaltung zu verurteilen. Bisher hat jedoch keine Institution wirksame Maßnahmen ergriffen. Die Absicht, den Marsch zu verbieten, wurde vor Gericht angefochten. Die Neonazis gewannen den Prozess. Auf der anderen Seite tendiert die Zivilgesellschaft dazu, das Ereignis als eine marginale Randerscheinung zu betrachten, es sei denn, sie sind direkt davon betroffen. Generell muss aber gesagt werden, dass es innerhalb der Zivilgesellschaft derzeit kaum Verständnis für die Umstände und Tragweite antifaschistischer Kämpfe gibt. Gerade weil wir nicht so viele sind, sind wir bisher noch von keiner großen Repression betroffen. Aber natürlich wissen wir, dass ein großer Teil der Polizei die Nazis inoffiziell unterstützt. Und natürlich versuchen die Behörden, uns unter Druck zu setzen, nicht

so laut zu sein, in keine Konfrontationen zu gehen usw.. Wenn wir über die Unterstützung von Migrant:innen sprechen, setzen uns die Behörden derzeit mehr unter Druck, weil sie Angst davor haben, dass der Kampf populär wird.

Antifa wirkt!

Die erste Mobilisierung gegen den „Lukovmarsch“ geht auf das Jahr 2011 zurück, als eine kleine Gruppe begann, gegen den Aufmarsch zu protestieren. Damals galt der Marsch als „patriotische“ Veranstaltung. Im Jahr 2012 gelang es Antifaschist:innen, rund 100 Menschen zu einer Kundgebung zu mobilisieren. Zwei Jahre später, 2014, fand die erste größere Gegendemo statt. Seitdem gehen jedes Jahr immer mehr Antifaschist:innen auf die Straße und tragen in den öffentlichen Raum, was BNU und der Fackelmarsch wirklich sind. Mittels intensiver Öffentlichkeitsarbeit und zunehmender Mobilisierung bezeichneten bulgarische Medien 2017 den „Lukovmarsch“ schließlich zum ersten Mal als Neonazi-Veranstaltung. Im selben Jahr rollten

Student:innen ein großes Banner an der Theateruniversität ab, auf dem stand: „Lukov ist tot, und seine Ideen auch.“ Sogar unpolitische Leute begannen, die Veranstaltung als eine neonazistische zu bezeichnen. Mittlerweile ist die Zahl der Teilnehmenden des „Lukovmarschs“ zurückgegangen. Ausgehend von Tausenden im Jahr 2017 sind es in den letzten Jahren lediglich Hunderte geworden. Im Jahr 2022 gelang es einer Gruppe von Antifaschist:innen, Anhänger:innen von Hristo Lukov entlang der Demonstrationstrecke zu blockieren. Etwa 15 Personen hielten sie 20 Minuten lang erfolgreich davon ab, sich zu

bewegen. Diese Aktion fand im Stadtzentrum statt, der lautstarke Protest übertönte die Neonazis und die Straße gehörte zumindest kurz den Antifaschist:innen.

Stärken und Herausforderungen

Momentan gibt es einige Übergriffe auf alternative Menschen, dabei es handelt sich eher um Attacken von meist betrunkenen Ultras. Das Gute ist, dass Menschen aus sozialen Räumen nicht so viel Angst davor haben, öffentliche Veranstaltungen zu machen, obwohl es Drohungen gibt. Im Herbst 2024 organisierten Genoss:innen ein großes



antifaschistisches Fest, auch zum Gedenken an einen verstorbenen antifaschistischen Freund und Genossen.

Eine antifaschistische Bewegung in Sofia kombiniert Mobilisierung, Straßenpräsenz und Druck auf die Institutionen. Es erforderte viel harte Arbeit, den „Lukovmarsch“ als Neonazi-Treffen zu entlarven. Die Etablierung der Demonstration unter dem Motto „Keine Nazis auf unseren Straßen“ eröffnete Raum für Diskussionen über Themen, die über das faschistische

Ereignis hinausgehen. Wir sprechen auch immer über breitere Themen wie Rassismus, Verhältnisse von Migrant:innen, allgemeinen Faschismus in verschiedenen Staaten und so weiter.

Diese jährliche Mobilisierung wurde von den bulgarischen Antifaschist:innen genutzt, um in der Gesellschaft bekannter zu werden, sich mit anderen Kollektiven (sowohl lokal als auch international) zu vernetzen und verschiedene Teile des Kampfes zusammenzubringen.

Weiterführende Informationen

Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“

afaeurope.noblogs.org

Mittenwald

www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald/Index.html

Wunsiedel

Seit 2021 finden wieder Heiß-Gedenkveranstaltung organisiert vom Ill. Weg in Wunsiedel statt. Die Kampagne „Nicht lang fackeln“ organisiert derzeit antifaschistische Gegenbewegung. www.nichtlangefackeln.noblogs.org

Bleiburg/Pliberk

www.no-ustasa.at

Budapest

Autonómia (mail) budapestblackflag@riseup.net
Soli-Netzwerk für die verfolgten Antifas: www.basc.news

Sofia

www.instagram.com/antifabg

Video über SS-Treffen in Arolsen:

www.fckaf.de/kp6 (Shortlink)

Bildmaterial

S. 10 Apabiz-Archiv, apabiz.de

S. 22, 26, 30, 31 AK Bleiburg/Pliberg

S. 35 und S.38 Fotos von und in Erinnerung an Harald Herbich

S. 48/49, 54, 57 presse-service.net



